

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,20 — M., monatlich 50 — M. ...

Anzeigepreis:

Die einseitige Anzeigepreisliste ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 31. Mai 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Zusammenschluß im Osten.

Bündnisbestrebungen der Kleinen Entente.

London, 31. Mai. (WTB.) „Morningpost“ erzählt von zuverlässiger Seite, daß ein formeller Bündnisvertrag ...

Diese Konsolidierung der Kleinen Entente, soweit die ergebnennten zwei Mitglieder in Betracht kommen, sei, so schreibt sie weiter, ein Ergebnis der Genuefer Konferenz ...

Die Genuefer Konferenz habe auch die Tatsache enthüllt, daß eine enge Interessengemeinschaft in den internationalen Fragen zwischen der Kleinen Entente und Polen bestehe ...

Nationalistendeckelung in Frankreich.

Paris, 31. Mai. (WTB.) Die Kammer er setzte gestern die Interpellationsdebatte fort. Als erster Redner spricht der kommunistische Abgeordnete Marcel Cachin ...

Ministerpräsident Poincaré erklärte, der Abg. Hennessy werde in diesem Jahre Frankreich nicht mehr im Bältenbunde vertreten ...

Ministerpräsident Poincaré erwiderte: Sie haben unglücklichweise recht. Geschlecht können augenblicklich diese Verfolgungen zu nichts führen ...

Sembat, dessen Rede durch viele Zwischenrufe unterbrochen wurde, machte der französischen Regierung schließlich zum Vorwurf, daß sie nur zu einem rein defensiven Ziel gelangt sei ...

Reparationen der Meinung, daß Deutschland bezahlen müsse, aber man könne nicht zu gleicher Zeit von Deutschland Bezahlung verlangen und es ruinieren ...

Der französische Delegierte des Völkerbundes Robiemaire erklärte über die Frage des Beitritts Deutschlands in den Völkerbund, Deutschland könnte erst Mitglied werden ...

Der Landwirtschaftsrat gegen billiges Brot.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat, der in München tagte, nahm Resolutionen an, in denen darauf hingewiesen wird, daß der Deutsche Landwirtschaftsrat sich einmütig auf den Boden des Hilfswerts der deutschen Landwirtschaft stellt ...

Reichsernährungsminister Fehr erklärte in Klarlegung des Standpunktes der Reichsregierung in der Frage der neuen Umlagerhebung, es sei zu beachten, daß man in diesem Jahre eine wesentlich schlechtere Ernte bekommen würde ...

eine härtere Spekulation als je mit Brotgetreide eintreten werde. Damit drohe die allgemeine Brotversorgung in große Gefahr zu kommen ...

Erhöhung der Post- und Telephongebühren.

Der Postgebührenausschuss des Reichstages beschäftigte sich heute nochmals mit dem Entwurf einer Verordnung zur Änderung der geltenden Postgebühren ...

Die Kurse stehen.

Am Devisenmarkt machte sich eine festere Tendenz bemerkbar. Der Dollar wurde heute um die Mittagstunde mit 273—274 gehandelt ...

Die österreichische Ministerkette. Der christlichsozialer Parteiführer Prälat Dr. Seipel, der ohnehin regiert, will das Kabinett bilden ...

Neuer Vorstoß der Rechten.

Die Rechtsopposition rüstet im Reichstag zu einem neuen Sturm gegen das Kabinett Wirth. Nach den bisherigen Dispositionen sollte heute die Erklärung der Regierung über Genua und die Pariser Verhandlungen nicht mehr zur Debatte gestellt werden ...

Der deutsch-dänische Vertrag.

24. Sitzung, Mittwoch, den 31. Mai, 11 Uhr vormittags. Auf Antrag des Abg. Ailers (Dsch.-hann.) wird der Gesetzentwurf zur Ausführung des Art. 18 der Reichsverfassung (Reubildung von Bundesstaaten durch Abstimmung der Bevölkerung) von der Tagesordnung abgesetzt ...

Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark

betreffend die Regelung der durch den Übergang der Staatshoheit in Nordschleswig an Dänemark entstandenen Fragen. Nach der Berichterstattung des Abg. Freiherrn v. Rheinbaben (D. Sp.) über die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses, der dem Vertrag zugestimmt hat, nimmt das Wort Reichskanzler Dr. Wirth:

Der Ihnen vorliegende Vertrag ist das Ergebnis der Verhandlungen, in die wir durch den Vertrag von Versailles einzutreten hatten. Bei diesen Verhandlungen mußte die Reichsregierung im Interesse der betroffenen Bevölkerung ihre Aufgabe darin erblicken, auf der gegebenen Grundlage der tatsächlich geschaffenen Verhältnisse mit der dänischen Regierung zu einer Verständigung über die zahlreichen brennenden Fragen des täglichen Lebens zu gelangen ...

Weg der direkten Verständigung als zweckmäßig erkannt. Aus dem Vertrage und der Denkschrift ergeben Sie, welche Fülle von Gegenständen ihre Regelung finden mußten. Die Verhandlungen sind in voller Sachlichkeit geführt worden ...

Heberbrückung nationaler Gegensätze beitragen und dazu dienen, die Völker in absehbarer Zeit einander näher zu bringen. Es ist mir ein lebhaftes Bedürfnis, allen denen zu danken, die an den Verhandlungen und dem Abschluß mitgewirkt haben ...

Erklärung der Sozialdemokratie.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion gab Abg. Frohne folgende Erklärung ab:

Meine Fraktion stimmt dem vorliegenden Vertrage zu, da wir im Interesse der norddeutschen Provinzen und besonders der dänisch gemordeten Bevölkerung den Wunsch haben, die bestehenden Schwierigkeiten so schnell wie möglich zu beseitigen.

Wir hoffen, daß der Winderheitschutz baldmöglichst vertraglich festgelegt wird. Wir wünschen das vor allem, um den verhandenen chauvinistischen Bestrebungen auf beiden Seiten der Grenze die Spitze zu nehmen. Ganz besonders sprechen wir die Zuversicht aus, daß es unseren dänischen Gesinnungsgenossen gelingen wird, den auf eine weitere Lösung deutschen Gebietes gerichteten dänischen Bestrebungen erfolgreich entgegenzutreten, ebenso wie wir unsererseits alles tun werden, um freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark zu sichern. Soweit in der Grenzgebung Ungerechtigkeiten bestehen, hoffen wir, sie später auf dem Wege gegenseitiger Verständigung beseitigen zu können.

Abg. Thomson (Dnat.) erklärt, daß seine Partei die durch den Gewaltvertrag von Versailles (und die deutsch-nationale Kriegspolitik Red. v. Bismarck) geschaffene neue Landesgrenze nicht anerkennen könne.

Abg. Dr. Kunze (D. Sp.): Die neuen Grenzen sieht die Deutsche Volkspartei nur als eine vorübergehende Einrichtung an, die uns durch den Versailler Vertrag aufgezwungen wurde. Wir stimmen jedoch trotzdem dem vorliegenden Vertrage zu.

Abg. Dr. Breitscheid (L. Sp.): Meine Fraktion wird dem Vertrag zustimmen. Unter allen ähnlichen Verträgen ist der mit Dänemark geschlossene der am wenigsten schmerzliche. Der Grund ist, weil wir es auf der Gegenseite mit einem Volk von alter demokratischer Kultur zu tun haben. Eine vertragliche Regelung des Winderheitschutzes wäre im beiderseitigen Interesse gelegen. Vielleicht kommt es doch noch zu einer Regelung. Wir sind frei von allen Anfeindungen irgendeines Tages, wo die neue Grenze etwa wieder mit Gewalt geändert werden soll.

Abg. Gohsain (Dem.): Auch meine Freunde stimmen dem Vertrage zu. Hoffentlich wird eines Tages auf friedlichem Wege es zu einer Berichtigung der Grenze entsprechend dem nationalen Stande führen.

Damit schließt die Aussprache. Der Vertrag wird darauf in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Bismarck über Krieg und Revolution.

In der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte beginnt jetzt das Riesengericht über die große Politik der europäischen Kabinette in den Jahren von 1871 bis 1914 zu erscheinen. Die Sammlung dieser diplomatischen Akten wird im Auftrage des Auswärtigen Amtes von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy und Friedrich Thimme herausgegeben.

Im ersten Bande wird der Frankfurter Friede und seine Nachwirkungen behandelt. Man erfährt aus den ersten Dokumenten, welche Mühe sich Herr Thiers und Herr Favre, die Herren der französischen Regierung, die mit Deutschland den Frieden von 1871 schlossen, gegeben haben, um die französischen Gefangenen rasch zurückzubekommen. Sie wünschten im besonderen, daß Bismarck ihnen die Gardetruppen schide, von denen sie zuverlässig glaubten, daß sie gut zur Niederschlagung der revolutionären Pariser Bewegung zu brauchen seien. Bismarck schreibt zu diesem Wunsch an den Generalgouverneur, Generalleutnant v. Fabricé:

Wir haben zwar das Vertrauen, daß die vorhandene Regierung die Streitkräfte, deren Konzentrierung wir zugestanden und durch beschleunigten Gefangenentransport erleichtert haben (es wurden bei Versailles 100 000 Mann französischer Truppen zusammengezogen), nicht gegen uns verwenden werde, aber, wir sind unsicher geworden, ob sie mit irgendwelchen ihr noch zu gewährenden Mitteln den Ereignissen gewachsen sein, und ob nicht eine andere Regierung an ihre Stelle treten werde, welche an keinen Abschuß mit uns gebunden ist. Gemäß kann die Regierung ohne eine tüchtige Armee Paris nicht bewältigen. Aber mit der Tüchtigkeit der Truppen wächst auch die Gefahr, welche Deutschland läuft, einen neuen Krieg gegen etwaige Nachfolger führen zu müssen. . . .

Das glückhafte Schiff.

Von Edgar Hahnwald.

Die Straße herauf rollt in langsamer Fahrt ein Postauto. Von vorn sieht es aus wie ein fröhliches Schiff mit vollen Segeln, denn im Führersitz, auf den Trittbrettern und auf der hohen Ladung sitzen, stehen und schweben halb junge Mädchen in weißen und gelben Leinenmänteln: Zigarettenarbeiterinnen. Die Mäntel leuchten in der Morgen Sonne, sie bauschen sich im Wind. Das Auto verschwindet hoch unter den weißen und gelben Segeln — der blaue Führer sitzt mitten drin wie von douchenden Fahnen umhüllt.

Für ihn und für die Mädels ist diese Fahrt sichtlich keine Sensation — sie fahren die hoch aufgestapelten Zigarettenpakete in eine Niederlage und rollen dann in die Fabrik zurück — weiter nichts. Aber die Mädels lachen von oben in die Straße hinein, die Vorübergehenden freuen sich auch und schauen dem bewimpelten Auto nach, wie es rollend, weiß und gelb umbauscht, durch die Straße jagt.

Rund um den Autofosten sieht zehnmal der Name der Fabrik angeschrieben. Er endet mit einem Pfiffen, und dieser zehnmal wiederkehrende Buchstabe wirkt wie ein zehnmaliger Ausruf in die graublauen Straße, die weißen Mäntel flattern wie Frühlingsflaggen und die Mädels sind jung.

Und sie haben Arbeit in hellen Räumen. Am Wochenschluß rechnen sie ihren Akkord zusammen, täglich bleiben nach der achtstündigen Arbeit noch ein paar helle Stunden für das Leben übrig, sie sind frei — mehr wollen sie nicht — sie bilden von ihrem rollenden Postschiff überlegen herab auf die gezähmte Zweierreihe eines Mädchenpensionats, die eng aneinandergeschoben wartet, um das helle Segelauto vorüber zu lassen. Mit denen wollen sie gar nicht tauschen — sind sie begehrt, wenn sie für ihre Arbeit anständig bezahlt sein wollen, sind sie unmädchenhaft, wenn sie über Lohnsätze sprechen?

Sie sind Arbeiterinnen — und wie sie da vorbeifahren, in wehenden weißen und gelben Mänteln, jung im Sonnenlicht, vergnügt im Arbeitstag, verwandeln sie das graue und doch ganz postelose Postauto in einen fröhlichen Festwagen der Arbeit, in ein glückhaftes Schiff im Strahengrau.

Ehrens wir den Künstler, wo wir ihn finden. Diesen Grundgedanken hat die Sozialdemokratie als eine Bewegung für den idealen Aufstieg der Menschheit von jeder mit Nachdruck vertreten. Daher liegen ihr denn auch nach und nach die Herzen aller feinsinnigen Menschen zu.

Sollte nun der Erbauer einer Meistergerle nicht eine eben so seine Seele besitzen müssen wie der komponierende oder vortragende Künstler? Sollte er ihnen nicht ebenbürtig sein? Leider herrschen in dieser Beziehung noch immer, und gerade bei den Ge-

... Sobald wir, wozu von London aus Unterhandlungen gesucht werden, einen eventuellen Friedensvertrag mit ihm (Napoleon) berechnen auf den Fall, daß die Ereignisse ihn an das Ruder bringen, abgeschlossen hätten, könnten wir dem Verlauf der Dinge nach dieser Richtung hin beruhigter entgegensehen. Bis dahin aber liegt es nicht in unserem Interesse, bei den gleichmäßig fortzuhaltenden Transporten der Gefangenen die Truppenteile, von deren unbedingter Abhängigkeit an das Kartellum wir überzeugt sind, vorwiegend zuzusehen."

Man sieht daraus, daß Bismarck zwar freundlicherweise der französischen provisorischen Regierung gern durch rasche Rückführung der Kriegsgefangenen helfen wollte, die Pariser Unruhen niederzuschlagen, aber soviel Kriegsgefangene wollte er auch nicht hergeben, daß sich womöglich daraus eine kaisertreue Armee bilden konnte. Daraus ist zu entnehmen, wie erfrischend nüchtern der „eiserne Kanzler" und „Schmied der deutschen Reichseinheit" über abgegriffene Kaiser gedacht hat.

Ebenso praktisch wie über abgeschlossene Kaiser dachte Bismarck auch über den Krieg. Wohlgerichtet über den Krieg, den bestimmte reaktionäre Kreise 1876 in Frankreich gern wieder gegen Deutschland angezettelt hätten. Damals schrieb die „Post" einen Artikel, der ein schauerlicher Wärmrus, eine Warnung vor der französischen Kriegsgefahr darstellte. Bismarck meinte dazu im Reichstag, daß er „nach seinem Wissen" niemals habe einen Artikel für die „Post" schreiben lassen. Er meinte weiter:

„Aber ich habe den Artikel nicht getadelt, denn ich finde, wenn man das Gefühl hat, daß in irgendeinem Lande eine Minderheit zum Kriege treibt, dann soll man nicht laut schreien, damit die Mehrheit darauf aufmerksam wird, denn die Mehrheit hat gewöhnlich keine Neigung zum Kriege."

Aus diesem Bismarckschen Urteil kann die reaktionäre Presse ersehen, warum wir jedes Rahegeschrei, das aus ihren Reihen kommt, so scharf zurückweisen.

Die Münchener Polizei findet nichts.

München, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Unter den hühnischen Kommentaren der bürgerlichen Presse gibt die Münchener Polizeidirektion das Ergebnis ihrer Untersuchung über die Flaggenhändlung am Bahnhofspatz bekannt. Bemerkenswert ist, daß die Polizei selbst keinen der Tat Verdächtigen zur Stelle schaffen konnte. Bedinglich der sozialdemokratischen Selbstschuttpolizei des Genossen Luer ist es gelungen, den Studenten Klinisch der Polizei namhaft zu machen. Dieser gestand bei der ersten Vernehmung die Tat ein, widerrief jedoch das Geständnis am nächsten Tage mit der Angabe, er habe nur die Polizei irreführen wollen im Interesse der ihm unbekannteren Täter. Die Polizei scheint sich damit zu begnügen. — Daß selbst diese Handlung eine strafbare Begünstigung darstellt, scheint die Münchener Polizei nicht zu wissen. Wenn schon die Justiz in München nicht blind ist, so ist es wenigstens die Polizei!

München, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Genosse Erhard Luer hielt gestern im Landtag eine bemerkenswerte Rede zum Etat des Ministeriums des Innern. Er forderte den Ausbau der Selbstverwaltung, protestierte gegen die scharfere Unterbringung ehemaliger Offiziere in der bayerischen Verwaltung und gegen die Hebergriffe der Kreisregierungen, die den Stadtverwaltungen München und Nürnberg die Unterführung der Kinder streikender Metallarbeiter untersagt haben. Luer verlangte das sofortige Eingreifen der Regierung gegen die durch die Nationalsozialisten herbeigeführte politische Verwilderung. Wegen des Beschmierens der Häuser mit Hakenkreuzen und das Herunterholen der Reichsflagge stellte Genosse Luer die Selbsthilfe der Arbeiterkassen in Aussicht, falls die Polizei weiterhin fortgesetzt verfolge. Luer forderte eine strenge Untersuchung über den Angriff auf die Entente-Kommission in Landsbut, der von einer dienlichlichen Behörde aus durchgeführten Gründen in Szene gesetzt worden sei. Weiterhin stellte Luer die Frage: Hat die Regierung etwas im Hinblick auf den nationalsozialistischen Protest gegen den Besuch des Reichspräsidenten in München getan? Wenn Ebert nach München kommen will und die Regierung ihn nicht zu schützen vermag, werden die Sozialdemokraten es tun.

bilden, ganz falsche Vorstellungen. Wie wäre es sonst möglich, daß in den Zeitungen allen Ernstes hin und wieder Bemerkungen auftauchen, die der gläubigen Welt verkünden, das Geheimnis der Geigenbauer liege in der Anwendung eines eigentümlichen Saftes oder es sei wieder einmal einem Bissitus gelungen, durch einen erfindungsreichen Kniff aus einer Markneufschener Marktschreierin eine alles bezaubernde Sängerin zu machen. Und doch ist die Sache höchst einfach! Eine den Anforderungen des Musiklers entsprechende Geige ist keine, wenn auch noch so sorgfältige Tischlerarbeit, sondern ein Kunstwerk ersten Ranges, das einem Tonideal seine Entstehung verdankt. Dies Tonideal ist aber das Gebilde eines künstlerischen Geistes, das sich auf dem Grunde eines musikalischen Innenlebens durch heilige Anhördung der Töne in der Umwelt allmählich zu bewusster Bollendung entwickelt.

Hat sich infolge eines solchen Bemühens das Tonideal gebildet, so wird nach feinstimmiger Auswahl des Holzes das Schallmesser von ihm, und nur von ihm geführt. Die singende Seele des arbeitenden Künstlers schafft sich aus dem Gemeinen die Form, die nicht allein das Auge, sondern vor allem das Ohr völlig zu befriedigen imstande ist. Hier, und nur hier liegt das Geheimnis eines Stradivari, Guarneri, Amati, Bergonzi und wie sie alle heißen mögen, die in der Zeit des Wiederauflebens der Künste in Italien ihre Meisterwerke schufen. Und hier liegt auch das Geheimnis des Geigenbauers Michael Strobl aus Berlin, der die Bollendung der obigen Meister wieder erreicht hat.

Im Jahre 1907 veranstalteten französische Musikler unter dem Vorhild des rühmlichst bekannten Geigers Thibaut einen Wettbewerb. Unter den 29 oder 31 aus aller Herren Länder eingeladenen Geigen wurden allein die Geigen Strobls mit dem Preise versehen, der sie mit den alten Meistergeigen in eine Reihe stellte. Diese wenigen Geigen sollen dem in diesen Tagen sein 25jähriges Jubiläum feiernden Meister eine kleine Anerkennung bilden, die in dem Urteil der bei ihm aus- und eingehenden Künstler ersten Ranges längst festgelegt ist. Ernst Wrede.

Die huflose Mode. Allmählich waren mehne angekommen und angeerditen Friedenshüte denn doch unerträglich geworden. (Details seien dem Leser gnädig erspart.) Nun habe ich einen Bekannten beim Hutmacherverband, und der versprach Rettung. Wochentlang warten nun die formlos gewordenen „Behauptungen" der Auserstehung, die doch zu Pfingsten jeder Kreatur blüht. Sie sind gereinigt, vielleicht auch geschwefelt und gebleicht — aber die Fabrikanten des Schwefelers und der Fäbder verbrauchen ihre Ware fürs Ausland, und so werde ich zu Pfingsten huflos die Welt beschauen.

Der Zwang, ohne Hut auszukommen, hat mich eine Entdeckung machen lassen. Es geht sehr gut auch ohne diese überflüssige, ja beinahe lächerliche Annahme des Menschen, sich in den Belraum zu verlagern. Ich warne alle Schwefelbrenner und sonstigen Fabrikanten, die deutschen Menschen länger ohne ihre Fabrikate zu lassen: sonst werden noch viele die Wohlthat der Hutlosigkeit entdecken. Ich sehe schon den Ausbruch der Zeit nahen, da Hüte ein Museumgegenstand sind wie Kanonen, Genuakonserven u. a.

Inzwischen hat die Not, die (bismarck!) erfindertisch macht, mir auch eine neue Philosophie der Hüte und Köpfe eingebracht. Ich

Der Bogen war überspannt . . .

General von Deimling über Judenhege und Dolchstoß.

Im Gegensatz zu General Ludendorff und seinen Geisteserwandten, die sich täglich bemühen, sich von der Schuld am Zusammenbruch zu entlasten und diese Schuld dem deutschen Volke in die Schuhe schieben wollen, hat vor kurzem General von Deimling in einer Versammlung der Deutschen demokratischen Partei in Lüdingen über die Dolchstoßlegende und die antisemitischen Hebereien Worte gefunden, die größte Beachtung verdienen, nicht zuletzt deshalb, weil sie aus dem Munde einer Persönlichkeit stammen, die das Frontempfinden der Soldaten kannte wie selten einer.

Zum Kapitel Judenhege führte General von Deimling aus: Was ihm als alten Soldaten am widerwärtigsten sei, das seien die Vorwürfe, daß die jüdischen Soldaten einer wie der andere verlagert hätten. Auch unter den jüdischen Soldaten habe es solche gegeben, die das Leben höher schätzten als kriegerische Vorbeeren. Die gab es aber auch unter den Christen. In seinem Korps hätten sich die Juden trefflich gehalten. Es sei statistisch unumstößlich festgestellt, daß die Juden in einer ihrer Kopffzahl entsprechenden Weise teil hatten am Kriegsdienst, Blutopfern, Dekorationen und Beförderungen. Es wäre an der Zeit, daß der Judenhege ein Ende gemacht werde. Sie bauen nicht auf, sondern reihe nieder.

„Das Ganze sammeln" heißt die Parole. Die deutsche Volksgemeinschaft brauchen wir. Daß heute eine solche Volksgemeinschaft nur auf dem Boden der demokratischen Republik möglich ist, sollten auch Monarchisten und Margisten einsehen. Wir haben nun einmal die Republik und werden sie auf absehbare Zeiten haben. Die Entwicklung der Zeit bewegt sich in der Richtung der Demokratie. . . . Viele glauben, eine Vaterlandsiebe gebe es nicht in der Mitte, sondern nur ganz rechts. Im Gegenteil ist die Vaterlandsiebe dort, wo Aufbauearbeit geleistet und nicht bloß negiert wird. Getragen von einer großen Volksgemeinschaft könnte die deutsche Regierung auch dem Ausland gegenüber viel stärker auftreten.

Noch eine Lehre ist aus dem Krieg zu ziehen: der Glaube an die große unverlegbare Kraft, die im deutschen Volke ruht. . . . Das deutsche Volk hat mit einem Heldenmut gekämpft, der in der Welt einzig dasteht. Es gibt aber Deutsche, die dem deutschen Volke vorwerfen, es habe nicht ausgehalten. (Dolchstoßlegende.) Der Zusammenbruch hatte viele Ursachen. Die entscheidende Rolle aber hat die ungeheure Hebermacht der Feinde an Menschen und Material und die Kuschungungung gespielt. Wir waren einsach fertig, erschöpft; der Bogen war überspannt und mußte platzen. Schuld sind diejenigen, die es nicht zu einem Verständigungsfrieden kommen ließen, als es noch Zeit war. Das deutsche Volk hat seine Schuldigkeit im Weltkrieg bis zum letzten getan. Es sollte sich diese Legende nicht weiter gefallen lassen. Es war ein Wunder, was das deutsche Volk geleistet hat, und ein noch fast größeres Wunder war, daß es sich aus dem Chaos wieder aufraffte und an die Arbeit ging. Das gibt uns die Hoffnung, daß wir wieder emporkommen.

Verleumder ohne Ende!

Breslau, 31. Mai. (B.Z.) Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten verurteilte die Strafkammer des hiesigen Landgerichts den Oberpostsekretär Boehnig aus Waldenburg zu sechs Wochen Gefängnis. Boehnig hatte gelegentlich einer Fahrt in einem Automobilmobilbus mit bezug auf die vom Reichspräsidenten aus dem Dispositionsfonds für das Oberschlesische Hilfswerk zur Verfügung gestellte Summe von 250 000 Mark laut vor allen Fahrgästen geäußert: Dies Geld habe der Reichspräsident gestohlen.

Man sieht immer wieder, welcher Art die Waffen sind, mit denen die „nationalen" Herrschaften kämpfen.

Der linke Flügel der tschechischen Sozialdemokratie hat sich, wie die „Frankf. Zig." meldet, zu einer eigenen Partei gruppiert. Sie nennt sich Unabhängige Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei und ist der Wiener Arbeitergemeinschaft angegliedert.

In der Beleidigungslage des Ministers Hermes gegen die „Freiheit" steht Termin zur Verhandlung am 24. Juni an. Gegenstand der Beleidigungslage sind bekanntlich die Weisendungen des Wingererens an Herrn Hermes.

werde den schrecklichen Verdacht nicht mehr los, daß die meisten Menschen Hüte nur tragen, um ihren Mangel an Köpfen zu verdecken. Dann wäre allerdings die Liga der hutlosen dauernd zu einer kleinen Minorität verdammt, aber diese könnte dann mit um so größerer Genugtuung ihren Satz proklamieren: „Wozu brauche ich einen Hut, ich habe ja einen Kopf."

Befangenheit des Publikums vor dem Kurbestellen. Uns wird geschrieben: Ein Experiment, das die Grenzen der Unbefangenheit der Menge interessant beleuchtet, wurde kürzlich von einem Berliner Filmaufnahme-Operateur gemacht. Es war in einer beliebigen Straße eine Szene zu drehen, die nichts als das bunte Treiben in dieser Straße zu zeigen hatte. Der Mann mit dem Kurbestellen hatte sich wohlweislich so postiert, daß niemand von seiner Anwesenheit wußte. Die Menge ging und stutete wie immer. Und so gelang es, ein absolut natürliches Bild einzufangen. Wie die Aufnahme beendet war, wurde das kleine, lehrreiche Experiment gemacht. Der Operateur stellte sich mitten in die Straße. Jedermann sah ihn. Ein Hilfsregisseur teilte den Leuten mit, worum es sich handle, und bot, nicht in das Objektiv der Kamera zu gucken. Dann wurde gefurbit. Das Ergebnis war köstlich. Die Menge hatte vollständig jeden normalen Gang ausgeschaltet. Mit manierten Schritten tänzelte jeder an der Kamera vorbei, bestrahlte sich irgendwie ins beste Licht zu sehen. Die Befangenheit des Publikums war derart groß, daß man, wollte man diese bewußte Massenaufnahme zeigen, den lustigsten Brotestfilm hätte.

Soziale Jahreshkunde. Die Sozialhygienische Akademie in Charlottenburg beschäftigt, auf Anregung des Preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt und mit Unterstützung der Zahnärzterorganisationen in Ergänzung ihrer sozialmedizinischen Vorlesungen den Lehrgängen vierwöchige Kurse in der sozialen Jahreshkunde anzuschließen. Der erste Kursus wird vom 12. Juni bis 8. Juli abgehalten werden. Außer einer allgemeinen Sozialhygienischen Vorbildung soll sich der Zahnarzt besonders die Behandlungsmethoden, wie sie in der Kleinkinder- und Schulkinderfürsorge geübt werden, aneignen. Die mit Beteiligung der Mundhöhle verlaufenden Krankheiten des Kindesalters sollen im Unterricht besonders berücksichtigt werden. Lehr- und Studienplan sind durch das Sekretariat der Sozialhygienischen Akademie, Charlottenburg 9, Spandauer Berg 15/16 (Krankenhaus Westend), zu beziehen, das auch Anmeldungen entgegennimmt. Wohnungen werden mit Hilfe des Wohnungsamtes nachgewiesen.

Reislerucht in den Vereinigten Staaten. Die Amerikaner wollen, um die Lösung der recht schwierigen Fleischverorgungsfrage zu erleichtern, lappländische Rentiere akklimatisieren, und haben bereits Versuche mit einer Herde von 100 Stück angefaßt, die aus Lappland eingeführt worden ist. Man hat eigens Lappländer nach Amerika kommen lassen, um die Bevölkerung in der Pflege der Rentiere zu unterweisen. Die Tiere, die auf einem großen Gebiet im Staate Michigan untergebracht worden sind, scheinen sich wohl zu fühlen und vertragen das Klima sehr gut.

Im Kleinen Theater findet am Donnerstag die Premiere der beiden Einakter „Die letzte Nacht" und „Knod out" von Goldi Schrod statt.

Der Lustmord in der Prenzlauer Straße.

Neue bemerkenswerte Feststellungen.

Das ungeheure Verbrechen in der Prenzlauer Straße hat die Kriminalpolizei auch die ganze vergangene Nacht hindurch beschäftigt. Die Ermittlungen und Zeugenvernehmungen führten noch nicht zur Ergreifung des Täters, brachten aber bemerkenswerte Feststellungen. Zwei Frauen aus dem Hause, die auf dem Treppenaufgang im zweiten Stock standen und sich unterhielten, hörten plötzlich, wie das Kind, das sie an der Stimme erkannten, wiederholt ängstlich rief: „Kein! Mutti! Kein! Mutti!“ Sie glaubten, daß Frau Schmidt die Kleine irgend einer Unartigkeit wegen zur Rede stelle und ihr mit Strafe drohe. Sie achteten deshalb nicht weiter darauf, zumal das Kind zunächst immer lauter geschrien hatte, dann aber plötzlich verstummte. Aus diesen ängstlichen Rufen geht hervor, daß das Kind von dem Västling mit Gewalt von dem Hausflur auf die dunkle Kellertreppe hinabgezerrt worden ist. Wichtig für die Ermittlungen ist es, daß man den Täter unmittelbar vor der Tat genau gesehen hat. Besonders ein Kutscher will sich seine Züge fest eingepägt haben. Dieser Kutscher lud vor einem Nebenhaus Bettstellen ab. Hierbei sah er, daß einige Häuser weiter ein Mann unartig an einem Straßenbahnmaß stand. Dann beobachtete er, wie ein halbwüchsiges, schlecht gekleidetes Mädchen die kleine Dorothea Schmidt zu dem Wanne am Straßenbahnmaß führte. Die Kleine rief sich jedoch los und kam zurückgelassen. Diese Beobachtung läßt es als möglich erscheinen, daß das halbwüchsiges Mädchen mit dem Wanne in Verbindung gestanden und die Abfuhr gebittet hat, ihm das Kind zuzuführen.

Das Interesse des Publikums an der Feststellung des Verbrechens ist diesmal erfreulich rege. Aus dem Publikum heraus wurden der Nordkommission bereits mehrere Personen zugeführt, die verdächtig erschienen. Die Gegenüberstellung mit den Zeugen ergab jedoch, daß der Verdacht nicht stichhält. Die Fälle, daß kleinen Mädchen nachgestellt wird, sind, wie sich jetzt wieder zeigt, viel häufiger als man glaubt. Nach Bekanntwerden des Verbrechens haben sich schon eine ganze Reihe von Leuten gemeldet, die ihre Wahrnehmungen über solche Fälle mitteilen. Weitere Mitteilungen zur Aufklärung erbittet die Nordkommission, die Kommissare Gajzow und Büniger, dringend nach Zimmer 88 des Berliner Polizeipräsidiums.

1,10 Mark = 50 Mark.

Mit den beiden Zahlen hat es eine besondere Bewandnis. Es soll einmal gezeigt werden, welche Mengen der gleichen Ware man jetzt für 50 M. und vor dem Kriege für 1,10 M. erhielt.

Heute bekommt man für 50 Mark	Vor dem Kriege bekam man für 1,10 Mark
100 Zigaretten	55
100 Zigarren	22
1 Pfund Rindfleisch	fast 1 1/2 Pfund
1/2 Pfund Butter	fast 1 Pfund
1 Substanz	1
(nicht 1 Paar)	
5 Paleten Sireichhölzer	11 Paleten
1/2 Zentner Rifes	1 Zentner
23 Pfund Kartoffeln	80-40 Pfund
1/2 Liter Milch aus Kartes	1/2 Liter
5 Liter frei	1/2 Liter
2 1/2 Pfund Butter	4 1/2 Pfund
1 1/2 Pfund Wadpflaumen	3 Pfund
Zweimal täglich „Vorwärts“	einmal täglich

Witter ist die Leuerung für alle, die von ihrer Hände Arbeit oder von knapper Rente leben. Und doch gibt es manche Ausgabe, die man leichten Herzens macht, weil eben der dreckige Papiersegen „nichts mehr wert“ ist. Nur die Zeitung macht eine Ausnahme. Sie, die vielen Aufklärung und Unterricht ist, die die Reugier nach Tagesereignissen und den Wunsch nach Kenntnis befriedigen hilft, deren Not infolge des Wuchers der Produzenten zum Himmel schreit — für sie wollen noch immer einige der Gedankenlosen das Gesetz der Leuerung nicht gelten lassen. Aber um die Geldbewertung kommen sie nicht herum und an ihr gemessen werden auch sie jetzt wie unüberlegbare tröstliche Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß der „Vorwärts“ heute nur halb so viel kostet als vor dem Kriege.

Geisteskost für Schulkinder?

Daß der Film „Fridericus Rex“ in seinem bisher herausgekommenen Teil dem nüchternen Betrachter wirklich nicht als eine Ehrung für Monarchie und Hohenzollern gelten kann, wurde im „Vorwärts“ schon gesagt. Allmählich scheinen auch die Deutschnationalen immer mehr zu kapieren, warum ausgerechnet dieser Film in Polen unter dem Titel „Der König der Barbaren“ gezeigt wird. In Berlin haben die Monarchisten wohl auf weitere Ausnutzung des Fridericus-Films zu abernen Demonstrationen verzichtet, wenigstens ist über eine Wiederholung jener in Kinos veranstalteten Nurrappabellen in letzter Zeit nichts mehr bekannt geworden. Infolgedessen ist auch bei der Gegenüberstellung wieder eingeleitet, so daß GegenDemonstrationen unterbleiben und die diesen Film bietenden Kinos von den ein solches Geisteskost abhebenden Kreisen überhaupt gemieden werden.

Mit Befremden sehen wir aber, daß man jetzt die Schulkinder heranzieht, um den viel umstrittenen Fridericus-Film auf sie wirken zu lassen. Von hier und da und dort wird uns gemeldet, daß aus Schulen der Stadtgemeinde Berlin ganze Klassen in der Unterrichtszeit durch ihre Lehrer in Kinos geführt worden sind, die den Film zeigten. So wurde z. B. am Montag im Viehhofviertel, dessen Bewohner in ihrer Mehrheit gewiß keine Monarchisten sind, ein am Forderndes gelegenes Kind von Klassen der 109. Gemeindeschule (Tilliter Straße) unter Führung gebracht, damit den Kindern der Fridericus-Film nicht verheimlicht bleibe. Wir nehmen an, daß so etwas nicht dem Belieben eines einzelnen Lehrers oder des Direktors überlassen, sondern von einer leitenden Stelle aus geregelt wird. Sollen wir aber glauben, daß diese Stelle die städtische Schulverwaltung sei? Der Gedanke, den Fridericus-Film an Schulkinder heranzubringen, ist so piffig, daß man ihn einem Deutschnationalen zutrauen könnte. Wenn die der ehemaligen Monarchie und ihrem Militarismus fluchende Bevölkerung diesen Film ablehnt, so werden Kinder das Gebotene willig hinnehmen, und wenigstens auf sie wird es noch wie Verherrlichung der Hohenzollern wirken können.

Wissen möchten wir, ob diese in die Unterrichtszeit gelegten Kinobesuche auch als ein Teil des Unterrichtes gelten, so daß kein Kind ihnen entzogen werden dürfte. Dann halten vielleicht die Elternbeiträge es für geboten, sich mal um die Sache zu kümmern und den verantwortlichen Stellen ihr Meinung darüber recht deutlich zu sagen.

Wie man in Berlin Wohnungen schafft.

Im Nachbarbereich des Wohnungsamtes II b, Bremer Straße 9, bewohnt eine vierköpfige Familie I. seit 1908 eine vierzimmerwohnung. Vergangenes Jahr wurde der Sohn schwer krank, mußte in eine Luftkuranstalt und bedurfte der Mutter zur Pflege. Um die Mittel hierzu zu bekommen, einschloß sich die Familie, ihre Wohnung an Untermieter abzugeben, wozu auch das Wohnungsamt seine Einwilligung erteilte. Das dritte Familienmitglied wurde bei einer 77jährigen Großmutter untergebracht, während das Familienhaupt, der Vater, als Geschäftsfahrer ständig unterwegs ist. Mit Genehmigung des Wohnungsamtes zogen nunmehr vier neue Mieter in die Wohnung. Mitte Mai d. J. erhält die Familie I. einen Brief des Wohnungsamtes II b, daß die Wohnung beschlagnahmt würde, wenn sie nicht am 1. Juni von der Familie wieder bezogen sei.

Der Sohn ist immer noch krank, die Gründe für die Vermietung dauern immer noch an. Die Familie will bis zur Befundung ihres Sohnes weitervermieten. Das Wohnungsamt will jedoch anders. So muß der Kranke mit der Mutter seine Stellung unterbrechen und nach Berlin zurück. Die Familie muß wider ihren Willen ihre vierzimmerwohnung beisehen und die Untermieter müssen eine neue Wohnung mieten, die sie auch erhalten werden, da sie laut Ausweis der Reichsregierung die Wohnung gleichzeitig zur Ausübung ihres Berufes benutzen, ihre Tätigkeit im allergrößten Interesse des Reiches liegt und bisher zum Nutzen unseres Landes ausgeübt wurde, was man gerade nicht von allen Wohnungssündern Deutschlands sagen kann.

Hoffentlich genügt dieser Hinweis, um das Augenmerk der betreffenden Stadtbehörden zur Bremer Straße 9 zu lenken, wo der Bureaucratismus noch viel schönere Blüten treibt, von denen wir hier eine gezeigt haben.

Um die Volkshochschule Groß-Berlin.

Der ständige Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat gestern seine Beratungen mit dem Kapitel 21 (Sonstiges und Nachträgliches) fortgesetzt, ohne die Verhandlung hierüber, insoweit ausgebreiteter Einzeldebatten zu beenden. Bei den Zuwendungen an gemeinnützige Vereine wurde hinsichtlich der Volkshochschule Groß-Berlin von demokratischer Seite betont, daß die Humboldt-Akademie mit ihren 46 000 Hörern nur 12 000 M., die Volkshochschule mit 11 000 bis 12 000 Hörern dagegen 600 000 M. erhalte. Das mache für die Volkshochschule 55 bis 60 M., für die Humboldt-Akademie aber nur 30 M. auf den Hörer aus. Es wurde deshalb angeregt, auf ein Zusammengehen der verschiedenen Volkshochschulen hinzuwirken und solange, als dies nicht erreicht sei, für dieses Jahr jede Unterstützung auszusetzen. Von sozialdemokratischer Seite wurde dagegen die Volkshochschule, die als eigentliche Gründung der Stadt Berlin anzusprechen sei, warm unterstützt und beantragt, den Zuschuß für sie auf 1 Million zu erhöhen. Der von bürgerlicher Seite gestellte Antrag, die ganze Volkshochschulfrage einem Unterausschuß zu überweisen, der die Vertreter der beteiligten Anstalten hinzuziehen soll, wurde einstimmig angenommen und in den Ausschuß 7 Mitglieder gewählt. Der Zuschuß für die Urania wurde auf 50 000 M., für die Treptow-Sternwarte auf 25 000 M., für den Allgemeinen Deutschen Sprachverein auf 10 000 M. erhöht.

Ein Opfer sinnloser Nacharbeit.

Zu dem Unfall, dessen Opfer die im Weinhaus „Traube“ beschäftigte Hausangestellte Wilhelmine Wittkowsky geworden ist, wird uns vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angelegenheiten folgendes mitgeteilt. Am Sonnabend nachts nach 12 Uhr wurde die Hausangestellte Wilhelmine Wittkowsky, die im Weinhaus Traube, Leipziger Straße, beschäftigt war, beauftragt, die Fenster der Küche, welche sich im vierten Stock befindet, zu putzen. Da weder eine Fensterleiter noch sonst vorchriftsmäßige Hilfsmittel zur Stelle waren, mußte das Mädchen einen Stuhl benutzen, welcher aber, wie sich leider herausstellte, nicht intakt war. Kaum hatte die W. die Arbeit begonnen, als der Stuhl ins Klappen kam und die Bedauernswerte, welche seinen Halt fand, in die Tiefe stürzte. Anstatt nun die in unmittelbarer Nähe sich befindende Rettungswache in der Kronenstraße schleunigst um Hilfe anzurufen, ließ die Direktion das Rettungsteam in der Artilleriestraße anrufen. Als die Sanitäter zur Stelle kamen, war die W. bereits tot. Es muß als eine wirklich unverständliche und ungewöhnliche Anordnung bezeichnet werden, mitten in der Nacht eine derartige gefährliche Arbeitsteilung zu verlangen, der ein blühendes Menschenleben zum Opfer fiel. Hier ist strenge Untersuchung und Feststellung des Schuldigen notwendig, und zwar um so mehr, als uns mitgeteilt wird, daß die Direktion des Weinhauses Traube schon einmal auf dieses unsinnige Verhalten der Arbeit während der Nacht durch die Angestellten aufmerksam gemacht und um eine Abänderung gebeten worden war. Wie der tragische Vorfall beweist, ist der Wunsch unbeachtet geblieben.

Tragischer Tod eines Lebendretters.

Als der Schlosser Otto Benz aus Döberitz gestern nachmittag mit seinem Rad an der Charlottenburger Brücke vorbeikam, war er Zeuge, wie ein Knabe ins Wasser fiel. Ohne sich zu besinnen, sprang Benz von seinem Rad und, wiewohl von der Faher erbt, sofort ins Wasser. Der Reiter bekam auch den Versinken zu lassen, wurde aber von ihm mit in die Tiefe gerissen und ertrank, während der Schiller von anderen Personen gerettet wurde. Es ist ergreifend und verhöhrend zugleich, wenn man sieht, daß in Zeiten maßloster Egoismus auf seiten derer, die mit dem Gedanken christlicher Liebe nur spielen, ein schlichter Mann aus dem Volke, ohne sich zu bedenken, die echte Nächstenliebe praktisch betätigt und sie mit dem Tode besiegelt. Man sollte den Namen dieses edlen Menschenfreundes nicht vergessen.

Das bisherige Ergebnis der Elternbeitragswahlen.

Nach den neuesten Abzählungen, die jetzt für 498 Schulen bekannt geworden, entfallen auf die Liste der vereinigten Sozialisten 2267 Sitze, auf die Artlich-unpolitische Liste 4001. Aus einigen Vorkonten wurde folgendes Ergebnis festgesetzt: Behlendorf 15 Soz., 24 Christl.; Lichtertrabe 5 Soz., 7 Christl.; Treptow-Baumhuldenweg 18 Soz., 27 Christl.; Lichterberg 103 Soz., 148 Christl.; Weihensee 47 Soz., 49 Christl.; Panlow-Niederhöfenhausen 70 Soz., 128 Christl.; Reinickendorf-Legel 70 Soz., 78 Christl.

Die Flaggenfrage der Personen-Schiffahrt auf den märkischen Gewässern ist jetzt von den Reedereien selber dahin geregelt worden, daß die Personen-dampfer statt der früheren schwarzweihroten Fahne ihre Reederei- bzw. Kreisfahnen hissen werden. Die schwarz-rot-goldene Fahne wird demnach nicht geführt. Es ist bedauerlich, daß sich durch das Verhalten eines nationalsozialistischen Kadavereis die Reedereien veranlaßt fühlen, auf deutschen Gewässern die deutsche Flagge zu streichen. Die jetzt z. B. von der Teltowkanalschiffahrt geführte Flagge — preussischer Adler in weihem Mittelfeld, oben und unten je ein breiter schwarzer Streifen — sieht wie eine leidenschaftige Traueranzeige aus.

Nachschulungskursus für Wohlfahrtspflegerinnen. Das Sozialpädagogische Seminar des Vereines Jugendheim, Abteilung Soziale Frauenschule, veranstaltet im Oktober einen zweiten Nachschulungskursus für Wohlfahrtspflegerinnen, der bis Februar 1923 läuft. Der Kursus kommt nur für solche Persönlichkeiten in Betracht, die mindestens drei Jahre in der Wohlfahrtsarbeit stehen und außerdem ein pflegerisches, pädagogisches oder wirtschaftliches Examen abgelegt haben. Gesuche um Aufnahme (gerichtet an den Herrn Minister für Volkswohlfahrt) sind möglich bald bei der Leitung des Sozialpädagogischen Seminars, Frau Levin Luise Wessler, Oberlehrerin, Berlin-Charlottenburg, Goethestraße 22, einzureichen. Dem Gesuch sind beizulegen: 1. Ausführlicher Lebenslauf, 2. Amtsarztliches Gesundheitszeugnis, 3. Bestes Schulzeugnis, 4. Zeugnisse über fachliche Vorbildung, 5. Zeugnisse über die praktische Arbeit. Das Schulgeld beträgt 600 M. für den Kursus.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kühler, viel windiger, vorübergehend starker Nebel bei ziemlich frühen westlichen bis nordwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

18. Mt. Tempelhof, Donnerstag, den 1. Juni, 7 1/2 Uhr in der Knabenstraße Friedrich-Wilhelm, 66a Werderstraße, Frauabend. Wichtige Tagesordnung.

Gewerkschaftsbewegung

Schiedspruch für die Gemeindefarbeiter.

In einer Versammlung aller in den Stromerzeugenden und kommunalen Betrieben beschäftigten Metallarbeiter am Dienstagabend gab Frommelt zunächst einen kurzen Bericht über den Verlauf des Kampfes der süddeutschen Metallarbeiter. Im Anschluß hieran besprach er mehrere Anträge zum Gewerkschaftstongress. Das 23jährige Bestehen des Metallarbeiterverbandes soll in der „Neuen Welt“ gefeiert werden. Frommelt-Legel vertrat die Meinung, daß der Kampf in Süddeutschland erfolgreicher verlaufen wäre, wenn er durch einen allgemeinen Streik unterstützt worden wäre. Hildebrandt trat dieser Auffassung entschieden entgegen. Auch dann hätte der Kampf zweifellos wochenlang unter gewaltigen Opfern geführt werden müssen. Koch I berichtete dann über die zur gleichen Zeit erfolgten Verhandlungen wegen der Forderungen der Gemeindefarbeiter. Der Magistrat weigerte sich, die als Wirtschaftsbedürfnisse geforderten 1000 M. zu zahlen, ebenso auch die Lohnerhöhung in der geforderten Höhe.

In später Stunde konnte Treisch über den bereits gefällten Schiedspruch folgendes berichten: Der Schlichtungsausschuß lehnte eine Entscheidung über die Juni-Löhne ab, schlug aber einen Vergleich vor für die Metall-Löhne, den der Magistrat annahm. Es erhalten:

Angelernte Arbeiter von 18 bis 21 Jahren 14 M., nach einem Jahre 14,40 M.; über 21 bis 24 Jahre alte Arbeiter 15,75 bzw. 16,20 M.; über 24 Jahre alte Arbeiter 17,50 bzw. 18 M. Angelernte von 18 bis 21 Jahren 14,40 M. bzw. 14,80 M.; über 21 bis 24 Jahre alte Arbeiter 16,20 bzw. 16,75 M.; über 24 Jahre alte Arbeiter 18 bzw. 18,50 M. Handwerker von 18 bis 21 Jahren 15,30 bzw. 15,70 M.; wenn über 21 bis 24 Jahre alt 17,15 bzw. 17,60 M.; wenn über 24 Jahre alt 19 bzw. 19,50 M.

Weibliche Arbeitskräfte erhalten 75 Proz. der Männerlöhne. Frauen- und Kinderzulagen werden nach den staatlichen Sätzen gezahlt. Den ledigen ist die bisher gezahlte Beihilfe in Höhe von 100 M. monatlich gestrichen worden. Der Antrag des Magistrats, eine besondere Lohngruppe für qualifizierte Handwerker zu bilden, wurde abgelehnt.

Einige Punkte in der Verhandlung sind unerledigt geblieben. So das Kleidergeld der Straßenbahner und die ihnen bisher gewährte Freifahrt. Die Direktion hat den Einwand erhoben, daß mit der Freifahrt großer Mißbrauch getrieben werde. Wascheise soll in der bisherigen Weise weiter verabsolgt werden, und die Heizer in den Elektrizitätswerken sollen auch ferner die sechsstündige Arbeitszeit behalten, solange nach mit Braunkohlen gefeuert werden muß.

Schließlich erfolgte noch eine längere Aussprache über die Akkordarbeit, mit dem Ergebnis, daß einstimmig beschlossen wurde: „Akkordarbeit in den Betrieben darf nur nach vorheriger Verständigung mit der Organisation erfolgen.“

Entgegen unserer im Morgenblatt gebrachten Mitteilung, daß die Verhandlungen heute fortgesetzt würden, geht aus dem Bericht hervor, daß es gestern nacht noch zu einem Schiedspruch kam. Die Verhandlungen über die Juni-Löhne werden morgen fortgesetzt.

Die Auszahlung der Zulage zu den Malilöhnen kann erst am nächsten Dienstag erfolgen.

Schiedspruch im Buchdruckerverbe.

Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker trat bekanntlich am 26. Mai zu Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne zusammen. Nach kurzen Beratungen wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen. Dienstag vormittag fanden auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums Einigungs-verhandlungen statt. Auch dabei wurde keine Uebereinstimmung erzielt, so daß am Nachmittag ein Schiedsgericht eingesetzt wurde. Nach längeren Beratungen wurde ein Schiedspruch gefällt, der besagt, daß auf die im Monat Mai gezahlten Tariflöhne einschließlich Leuerungszulagen eine neue Leuerungszulage zu bewilligen ist, in der gleichen Höhe wie für Mai. Innerhalb acht Tagen soll dem Reichsarbeitsministerium Mitteilung gemacht werden, ob der Schiedspruch Annahme findet.

Die Tarifparteien sind heute vormittag zu weiteren Beratungen zusammengetreten, um über den Schiedspruch und einige andere Punkte erneut zu beraten.

Streik im Berliner Engroschlächtergewerbe.

Seit 1. April stehen die Engroschlächtergesellen in einer Lohnbewegung. Die freien Verhandlungen scheiterten an der Abneigung der Arbeitgeber, die von einer Lohnerhöhung durchaus nichts wissen wollen. So beschäftigten sich das Einigungsamt des Gewerbegerichts und Schlichtungsausschuß wiederholt mit der Lohnregelung. Die Schiedsprüche, die geringe Lohnzulagen enthielten, wurden von den Gesellen angenommen, von den Arbeitgebern aber abgelehnt. Am 30. Mai wurde vor dem Demobilisierungskommissar über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches verhandelt. Der Demobilisierungskommissar empfahl den Arbeitgebern die Lohnnachzahlung vom 15. anstatt vom 1. Mai, wie es der Schiedspruch vorsieht. Aber auch dazu gaben die Arbeitgeber ihre Zustimmung nicht, sondern suchten die endliche Regelung weiter zu verschleppen. Wie sehen aber die Löhne aus, die die Arbeitgeber nicht zahlen wollen? Sind sie so übermäßig hoch? Das Urteil überlassen wir der Arbeiterschaft.

Der Lohn betrug im März pro Woche 510 bis 940 M. für Gesellen und 760 M. für Kutscher. Für April setzte das Einigungsamt des Gewerbegerichts eine Zulage von 35 bis 60 M. pro Woche fest. Die Arbeitgeber lehnten sie ab. Für Mai hat der Schlichtungsausschuß pro Woche 120 bis 140 M. festgesetzt; die Arbeitgeber lehnten wiederum ab. Die Verbindlichkeit des Spruches war nicht zu erreichen.

Am Dienstagabend wurde den Arbeitern Bericht erstattet. Die Verschlechterung des bereits angenommenen Schiedspruches wurde nunmehr abgelehnt und mit großer Mehrheit beschlossen, die Arbeit einzustellen bis zur endlichen Regelung der Lohnfrage. Die Bammesgeduld der Arbeitnehmer war erschöpft. Der Streik hat heute früh begonnen.

„Die Raifeier in Baden und das Reichsministerium.“

Unter dieser Aufschrift gaben wir in Nr. 245 des „Vorwärts“ einer Beschwerde der Afa-Angestellten in Baden Raum, die sich gegen die Reichsregierung richtete, weil diese bei ihrer Anordnung für den Dienst bei den Reichsbehörden am 1. Mai auf die Tatfache keine Rücksicht genommen habe, daß der 1. Mai in Baden ein gesetzlicher Feiertag ist.

Der Reichsminister des Innern verweist demgegenüber auf den Wortlaut der getroffenen Regelung, deren Schlußsatz lautet: „In den Ländern, in denen der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag landesrechtlich anerkannt ist, ist auch bei den Reichsbehörden auf die Landesgesetzgebung Rücksicht zu nehmen.“ Daraus geht klar und deutlich hervor, daß der Protest der Angestellten in Baden verfehlt war.

Ein Angestelltenstreik in den Opel-Werken ist nach Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Rüsselheim erfolgt, wo sich die Angestellten ihren streikenden Kollegen bei den Opel-Werken in Mainz und Wiesbaden anschlossen, weil die Forderungen der Angestellten abgelehnt wurden.

18. Mt. Mitgliederversammlung! Raub- und Hausdiebstahl. Donnerstag 5 Uhr Schulaula Böttcherstraße. Mitgliedsbuch eines M-Z-Verbandes legitimiert.

18. Mt. Raub, Diebstahl Groß-Berlin. Berantw. für den redakt. Teil: Franz Kuhn. Berlin-Lichterfelde. Nr. 14. 18. Mt. Raub, Diebstahl. Berlin. Berantw. für den redakt. Teil: Franz Kuhn. Berlin-Lichterfelde. Nr. 14. 18. Mt. Raub, Diebstahl. Berlin. Berantw. für den redakt. Teil: Franz Kuhn. Berlin-Lichterfelde. Nr. 14.

Eilen Sie

Noch ist es Zeit
die billigen Preise
auszunützen

bald kosten sie
über 1000.- M.

Wir haben noch
altes Lager!



358.-

Moderne breite Form

Orig.-Mac-kay. Braun Naturleder. Alle Grössen.
Teils auch schwarz R'Cheveau oder Rindbox.



Ersatz für Maass

Mit feinem grauen Stoffeinsatz, moderne spitze oder runde
Form, auch in ganz Leder ohne Stoffeinsatz, sowie die ganz
neue, adelspitze Form, ca. 20 Sorten, billig.

Da wir noch altes Lager haben, bringen
wir unseren werten Kunden noch eine
Anzahl guter Schuhwaren zu fabelhaft
billigen Preisen. Unsere Preise sind teils
unter den heutigen Herstellungspreisen.
Sehen Sie sich unsere II Schaufenster an.

Braun oder schwarz

298.-

schicke kurze Form,
hoher Absatz



Herren-Stiefel:

Original Goodyear Welt, echt Cheveau, 498.-
moderne Fassung, auch Damenstiefel, sehr gutes Fabrikat.

Braun Sportleder, darunter auch schwarz 358.-
R'Cheveau und Rindbox

Prima Boxrind, sehr gutes Fabrikat, moderne, 498.-
breite Form

Braun Boxrind, sehr eleganter, moderner Stiefel, 598.-
besonders haltbar

Herren-Halbschuhe,
braun oder schwarz, in spitzen, runden u. breiten Formen.

Kinder-Stiefel:

Schwarz Chromleder, schöner haltbarer Stiefel, 59.-
30-34 20.-, 15-20

Braune Stiefel Gr. 20-22, mit Absatz-Fleck 79.-

Besonders kräftiges haltbares Rindleder 98.-
breite, bequeme Form, 31-34 120.-, 27-30

Hübscher Boxleder-Stiefel gutes Fabrikat, sehr 159.-
haltbar, breite Form, 31-35 160.-, 27-31

Braune Stiefel u. Halbschuhe
in den Größen 20-35 in großer Auswahl billig,
auch Spangenschuhe.

Leinen-Stiefel u. -Halbschuhe,
Turnschuhe billig.

Sandalen (Rindleder) 95.-
besonders kräftig u. haltbar, 31-34 105.-, 27-30

Damenstiefel R'Cheveau 198.-
(bessere Sorten, besonders hoher Schaft 399.- 499.-)

Brauner hübscher Halbschuh moderne 298.-
kurze Form, schicker Absatz, teils echt Cheveau

Echt R'Cheveau mit u. ohne echte Lack 298.-
kappe, moderne kurze Form, schicker Absatz

Echt Lockschnürschuh moderne 408.- 398.-
Form

Echt Boxkall n. R'Cheveau sehr 358.-
haltbarer u. hübscher Schuh, guter

Spangenschuhe sehr schicker Absatz, 298.- 198.-

Leinen-Schnür- u. Spangenschuhe billig



Musterpaare:

Feine Luxussachen in grau, braun u. blau Wild-
leder sowie Lack, weiss Nubuk, rotbraun Kalbleder
u. braun Cheveau, z. Schnüren, mit Lasche oder Spangern,
in den neuen, spitzen Formen mit u.
ohne Louis-XV.-Absatz. Feine Hand- 498.-
arbeit 598.-

Großdetail-Schuh-Lokal

Münzstr. 25 (Untergrundb. Alexanderplatz.) — Zweiggeschäft Frankfurter Allee 54.

Abteilung für Wiederverkäufer ebenfalls bis 7 Uhr abends geöffnet.